Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1017

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

II/4 — 65305 — 5639/66

Bonn, den 20. Oktober 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 9. Juni 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-dänischen Grenze

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Ein Abdruck des Abkommens in deutscher und dänischer Sprache nebst Schlußprotokoll sowie einer Denkschrift zu dem Abkommen liegt diesem Schreiben bei.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 1966 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Höcherl

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 63551

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 9. Juni 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-dänischen Grenze

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 9. Juni 1965 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-dänischen Grenze und dem Schlußprotokoll vom gleichen Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesminister des Innern und der Finanzen werden jeweils für ihren Geschäftsbereich ermächtigt, ohne Zustimmung des Bundesrates die Rechtsverordnungen zu erlassen, die zur Durchführung der Vereinbarungen nach Artikel 1 Abs. 3 des Abkommens über

a) die zusammenliegenden Grenzabfertigungsstellen einschließlich ihres Amtsbereiches,

b) die Strecken, auf denen die Bediensteten beider Vertragsparteien in den Verkehrsmitteln während der Fahrt die Grenzabfertigung vornehmen,

c) die Strecken, auf denen festgenommene Personen zurückgeführt und sichergestellte Waren oder Beweismittel zurückgebracht werden dürfen,

erforderlich sind.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 33 Abs. 2 und das Schlußprotokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, weil es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 106 Abs. 2 Nr. 5 des Grundgesetzes erforderlich, weil die in Artikel 15 vorgesehene Befreiung von Ein- und Ausgangsabgaben auch die Befreiung von der Biersteuer einschließt.

Zu Artikel 2

Vereinbarungen nach Artikel 1 Abs. 3 des Abkommens sollen soweit erforderlich durch Erlaß von Rechtsverordnungen innerstaatlich durchgeführt werden. Aus sachlichen Gründen ist geboten, die Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen. Es wird sich entsprechend den Bedürfnissen des grenzüberschreitenden Verkehrs häufig die Notwendigkeit ergeben, die Vereinbarungen kurzfristig zu ändern (z. B. bei Fahrplanänderungen). Der Vollzug der Vereinbarungen im innerstaatlichen Bereich wäre in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit kaum möglich, wenn die Zustimmung des Bundesrates erforderlich wäre.

Zu Artikel 3

Das Abkommen und die nach Artikel 2 dieses Gesetzes zu erlassenen Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 33 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkungen

Durch die Ausführung des Gesetzes selbst werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet. Soweit durch die Vereinbarungen, die auf Grund des Abkommens abgeschlossen werden, Kosten entstehen, ist darüber im Zusammenhang mit den Vereinbarungen zu gegebener Zeit fallweise zu befinden. Ihre Höhe hängt von dem jeweiligen Inhalt der Vereinbarung ab und kann z. Z. noch nicht geschätzt werden.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-dänischen Grenze

Overenskomst mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark om sammenlægning af grænseekspeditionen og om etablering af fællesstationer eller overgangsstationer ved den tysk-danske grænse

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG VON DÄNEMARK,

in dem Wunsch, den Übergang über die Grenze mit der Eisenbahn, auf der Straße und auf den Schiffahrtswegen zu erleichtern, sind übereingekommen, ein Abkommen zu schließen und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Herrn Dr. Gerhard Schröder,
Bundesminister des Auswärtigen,

Seine Majestät der König von Dänemark:
Herrn Per Hækkerup, Außenminister,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

TEIL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen dieses Abkommens den Übergang über die Grenze im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen den Vertragsparteien erleichtern und beschleunigen.

(2) Zu diesem Zweck können in jedem der beiden Staaten

a) nationale Grenzabfertigungsstellen zusammengelegt werden,

b) Grenzabfertigungen beider Vertragsparteien in Verkehrsmitteln während der Fahrt auf bestimmten Strecken zugelassen werden,

c) Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfe eingerichtet werden.

(3) Die zuständigen Minister der Vertragsparteien werden durch Vereinbarung bestimmen, verlegen, ändern oder aufheben:

a) die zusammenliegenden Grenzabfertigungsstellen einschließlich ihres Amtsbereichs,

b) die Strecken, auf denen die Bediensteten beider Vertragsparteien in den Verkehrsmitteln während der Fahrt die Grenzabfertigung vornehmen,

FORBUNDSREPUBLIKKEN TYSKLANDS PRÆSIDENT
og
HANS MAJESTÆT KONGEN AF DANMARK

er i ønsket om at lette overgangen over grænsen med jernbane, ad landevejen og ad søvejen blevet enige om at afslutte en overenskomst og har i dette øjemed til deres befuldmægtigede udnævnt:

Præsidenten for Forbundsrepublikken Tyskland
Hr. Udenrigsminister Dr. Gerhard Schröder

Hans Majestæt Kongen af Danmark
Hr. Udenrigsminister Per Hækkerup

som efter udveksling af deres fuldmagter, der er fundet at være i god og behørig form, er blevet enige om følgende bestemmelser:

I. DEL

Almindelige bestemmelser

Artikel 1

(1) De kontraherende parter vil inden for de i denne overenskomst fastsatte rammer lette og fremskynde overgangen over grænsen i jernbane-, landevejs- og skibstrafikken mellem de kontraherende parter.

(2) I dette øjemed kan i hver af de to stater

a) nationale grænseekspeditionssteder sammenlægges,

b) begge de kontraherende parters grænseekspeditioner tillades i samfærdselsmidler under kørsel eller sejlads på bestemte strækninger,

c) etableres fællesstationer eller overgangsstationer.

(3) De kompetente ministre i traktatlandene vil efter overenskomst udpege, forlægge, ændre eller nedlægge:

a) sammenliggende grænseekspeditionssteder tillige med deres tjenestedistrikt,

b) de strækninger, på hvilke begge de kontraherende parters funtionærer foretager grænseekspedition i samfærdselsmidler under kørsel eller sejlads,

c) die Strecken, auf denen festgenommene Personen zurückgeführt und sichergestellte Waren oder Beweismittel zurückgebracht werden dürfen,

d) die Gemeinschaftsbahnhöfe.

(4) Die Vereinbarungen nach Absatz 3 werden durch Austausch diplomatischer Noten bestätigt und i Kraft gesetzt.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

1. „Grenzabfertigung" die Anwendung aller Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Vertragsparteien, die sich auf den Grenzübertritt von Personen und die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren (einschließlich der Fahrzeuge, Wertpapiere und Zahlungsmittel) beziehen;

2. „Gebietsstaat" den Staat, auf dessen Gebiet die Grenzabfertigung des anderen Staates vorgenommen wird;
„Nachbarstaat" den anderen Staat;

3. „Zone" den Bereich des Gebietsstaates, in dem die Bediensteten des Nachbarstaates berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen;

4. „Gemeinschaftsbahnhof" einen Bahnhof, in dem die eisenbahndienstlichen Tätigkeiten ganz oder teilweise zusammengefaßt werden, die der grenzüberschreitende Personen- und Güterverkehr auf der Schiene erfordert;

5. „Bedienstete" die Personen, die zu den mit der Grenzabfertigung beauftragten Verwaltungen gehören und ihren Dienst bei den zusammenliegenden Grenzabfertigungsstellen oder in den Verkehrsmitteln während der Fahrt ausüben.

Artikel 3

(1) Die Zone kann umfassen:

1. im Eisenbahnverkehr:
   a) Teile des Bahnhofs und seiner Anlagen,
   b) die Strecke zwischen der Grenze und der Grenzabfertigungsstelle sowie Teile der an dieser Strecke gelegenen Bahnhöfe,
   c) bei der Grenzabfertigung während der Fahrt den Zug auf der vorgesehenen Strecke sowie Teile der Bahnhöfe, in denen diese Strecke beginnt oder endet und die der Zug durchfährt;

2. im Straßenverkehr:
   a) Teile der Dienstgebäude,
   b) Teile der Straße und der sonstigen Anlagen,
   c) die Straße zwischen der Grenze und der Grenzabfertigungsstelle,
   d) bei der Grenzabfertigung während der Fahrt das Straßenfahrzeug auf der vorgesehenen Strecke, sowie Teile der Gebäude und Anlagen, bei denen diese Strecke beginnt oder endet;

3. im Schiffsverkehr:
   a) Teile der Dienstgebäude,
   b) Teile der Ufer- und Hafenanlagen sowie das Schiff, auf dem die Grenzabfertigung stattfindet,
   c) bei der Grenzabfertigung während der Fahrt das Schiff sowie das begleitende Kontrollboot auf der vorgesehenen Strecke, sowie Teile der Gebäude und Anlagen, bei denen diese Strecke beginnt oder endet.

(2) Der Zone sind gleichgestellt die Strecken gemäß Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe c für die dort genannten Amtshandlungen.

c) de strækninger, på hvilke anholdte personer og beslaglagte varer eller bevismidler må bringes tilbage,

d) fællesstationer.

(4) Aftalerne i henhold til (3) bekræftes og sættes i kraft ved udveksling af diplomatiske noter.

Artikel 2

I denne overenskomsts forstand betyder betegnelserne:

1. „Grænseekspedition" anvendelsen af alle de kontraherende parters rets- og forvaltningsforskrifter, som vedrører grænsepassage af personer og ind- og udførsel samt transit af varer (herunder køretøjer, fartøjer, værdipapirer og betalingsmidler).

2. „Territorialstat" den stat, på hvis territorium den anden stats grænseekspedition finder sted;
„Nabostat" den anden stat.

3. „Zone" det område af territorialstaten, indenfor hvilket nabostatens funktionærer er berettiget til at foretage grænseekspedition.

4. „Fællesstation" en station, hvor de jernbanetjenstlige funktioner, som person- og godstrafikken over grænsen pr. bane nødvendiggør, samles helt eller delvis.

5. „Funktionærer" de personer, der hører til de administrative myndigheder, som grænseekspeditionen påhviler, og som gør tjeneste på sammenliggende grænseekspeditionssteder eller i befordringsmidler under kørsel eller sejlads.

Artikel 3

(1) Zonen kan omfatte:

1. i jernbanetrafikken:
   a) Dele af stationen og dens anlæg,
   b) strækningen mellem grænsen og grænseekspeditionsstedet samt dele af de på denne strækning beliggende stationer,
   c) ved grænseekspedition under kørsel toget på den fastlagte strækning samt dele af de stationer, hvor denne strækning begynder eller ender, og som toget gennemkører,

2. i landevejstrafikken:
   a) dele af tjenestebygningerne,
   b) dele af landevejen og de øvrige anlæg,
   c) landevejen mellem grænsen og grænseekspeditionsstedet,
   d) ved grænseekspedition under kørslen køretøjet på den fastlagte strækning, samt dele af de bygninger og anlæg, ved hvilke denne strækning begynder eller ender,

3. i skibstrafikken:
   a) dele af tjenestebygningerne,
   b) dele af kyst- og havneanlæggene samt det skib, på hvilket grænseekspeditionen finder sted,
   c) ved grænseekspedition under sejlads skibet og den ledsagende patruljebåd på den fastlagte strækning samt dele af bygninger og anlæg, ved hvilke denne strækning begynder eller ender.

(2) Ligestillet med zonen er de i artikel 1 (3) litra c omhandlede strækninger, for så vidt angår de dér nævnte tjenestehandlinger.

TEIL II

Grenzabfertigung

Artikel 4

(1) Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Nachbarstaates, die sich auf die Grenzabfertigung beziehen, gelten in der Zone wie in der Gemeinde des Nachbarstaates, der die Grenzabfertigungsstelle zugeordnet ist. Diese Gemeinde wird von der Regierung des Nachbarstaates bezeichnet.

(2) Wird in der Zone gegen die sich auf die Grenzabfertigung beziehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Nachbarstaates verstoßen, so üben die Gerichte und Behörden des Nachbarstaates die Strafgerichtsbarkeit aus und urteilen, als ob die Zuwiderhandlungen in der Gemeinde begangen wären, der die Grenzabfertigungsstelle zugeordnet ist.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Befugnisse der Behörden des Gebietsstaates, die öffentliche Ordnung in der Zone aufrechtzuerhalten, sowie die strafbaren Handlungen zu verfolgen, die in der Zone begangen werden und keine Zuwiderhandlungen gegen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Grenzabfertigung darstellen.

(2) Wird eine Person in der Zone bei der Begehung einer strafbaren Handlung nach Absatz 1 betroffen, kann sie von den Behörden des Gebietsstaates unter den Voraussetzungen, die seine Gesetze vorsehen, verhaftet werden.

(3) Die Bediensteten des Gebietsstaates dürfen jedoch in der Zone Personen während der Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Nachbarstaates oder Personen, die von den Bediensteten dieses Staates in Gewahrsam genommen sind, nur nach Herstellung des Einvernehmens zwischen den Bediensteten beider Staaten festnehmen.

Artikel 6

(1) Bei der Grenzabfertigung in der Zone sollen die Amtshandlungen des Ausgangsstaates vor den Amtshandlungen des Eingangsstaates durchgeführt werden.

(2) Vor Beendigung der Ausgangsabfertigung, der ein Verzicht auf diese gleichzustellen ist, sind die Bediensteten des Eingangsstaates nicht berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen vorzunehmen.

(3) Nach Beginn der Eingangsabfertigung sind die Bediensteten des Ausgangsstaates nicht mehr berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen vorzunehmen. Ausnahmsweise können Ausgangsabfertigungshandlungen nachgeholt werden, wenn die beteiligte Person es verlangt und der zuständige Bedienstete des Eingangsstaates damit einverstanden ist.

(4) Abweichungen von der in Absatz 1 vorgeschriebenen Reihenfolge sind im gegenseitigen Einverständnis nur zulässig, wenn erhebliche praktische Gründe dafür bestehen. In diesen Ausnahmefällen können die Bediensteten des Eingangsstaates — vorbehaltlich des Artikels 5 — Festnahmen oder Beschlagnahmen erst vornehmen, nachdem die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates beendet ist. Sie führen, wenn sie eine solche Maßnahme treffen wollen, die Personen oder Waren gegenüber denen die Ausgangsabfertigung noch nicht beendet ist, den Bediensteten des Ausgangsstaates zu. Wollen diese Festnahmen oder Beschlagnahmen vornehmen, so gebührt ihnen, vorbehaltlich zwingender innerstaatlicher Vorschriften des Gebietsstaates, der Vorrang.

II. DEL

Grænseekspedition

Artikel 4

(1) Rets- og forvaltningsforskrifter i nabostaten, som vedrører grænseekspeditionen, gælder i samme udstrækning i zonen som i den kommune i nabostaten, som grænseekspeditionsstedet er underlagt. Denne kommune udpeges af nabostatens regering.

(2) Finder der i zonen overtrædelser sted af nabostatens rets- og forvaltningsforskrifter vedrørende grænseekspeditionen, udøver domstolene og myndighederne i nabostaten den strafferetlige domsmyndighed og dømmer, som om overtrædelserne var begået i den kommune, som grænseekspeditionsstedet er underlagt.

Artikel 5

(1) Denne overenskomst gør ikke indgreb i territorialstatens myndigheders beføjelser til opretholdelse af den offentlige orden i zonen eller til forfølgelse af strafbare handlinger, som begås i zonen, og som ikke udgør nogen overtrædelse af rets- og forvaltningsforskrifter vedrørende grænseekspeditionen.

(2) Antræffes en person i zonen under udførelse af en i henhold til (1) strafbar handling, kan han anholdes af territorialstatens myndigheder under de i denne stats love fastsatte forudsætninger.

(3) Territorialstatens funktionærer må dog kun efter opnåelse af enighed herom mellem de to staters funktionærer indenfor zonen anholde personer, som er under grænseekspedition hos nabostatens funktionærer, eller som er anholdt af denne stats funktionærer.

Artikel 6

(1) Ved grænseekspedition i zonen skal udrejsestatens tjenestehandlinger gennemføres før indrejsestatens tjenestehandlinger.

(2) Før udrejseekspeditionen er afsluttet, eller der er givet afkald på denne, er indrejsestatens funktionærer ikke berettiget til at foretage grænseekspeditionshandlinger.

(3) Efter at indrejseekspeditionen er påbegyndt, er udrejsestatens funktionærer ikke længer berettiget til at foretage grænseekspeditionshandlinger. Undtagelsesvis kan udrejseekspeditionshandlinger dog finde sted, hvis den pågældende rejsende forlanger det, og vedkommende funktionær i indrejsestaten er indforstået hermed.

(4) Afvigelser fra den i (1) foreskrevne rækkefølge kan efter indbyrdes aftale kun tillades, når der foreligger vægtige praktiske grunde. I disse undtagelsestilfælde kan indrejsestatens funktionærer — med de i artikel 5 anførte forbehold — først foretage anholdelser, tilbageholdelser eller beslaglæggelser, efter at udrejsestatens grænseekspedition er tilendebragt. Når de pågældende funktionærer vil foretage et sådant skridt, overgiver de de personer eller varer, for hvilke udrejseekspeditionen endnu ikke er tilendebragt, til udrejsestatens funktionærer. Ønsker disse at foretage anholdelse, tilbageholdelse eller beslaglæggelse, tilkommer der dem førsteretten under forbehold af territorialstatens ufravigelige interne forskrifter.

Artikel 7

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates sind im Rahmen dieses Abkommens berechtigt, in der Zone alle in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften dieses Staates vorgesehenen Grenzabfertigungsmaßnahmen wie im eigenen Staat durchzuführen. Insbesondere sind sie berechtigt, Zuwiderhandlungen festzustellen, Beschlagnahmen durchzuführen, Unterwerfungsverhandlungen bezüglich der festgestellten Zuwiderhandlungen aufzunehmen sowie Waren zur Sicherung von Abgaben oder Geldstrafen einzubehalten. Sie können, soweit nicht in Absatz 2 Abweichendes bestimmt ist, auch Personen festnehmen, die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über den Grenzübertritt begehen oder die von den zuständigen Behörden des Nachbarstaates gesucht werden, Zurückweisungen vornehmen und die festgehaltenen Personen in den Nachbarstaat verbringen. Die Verbringung in den Nachbarstaat, die in kürzester Frist vorzunehmen ist, kann auch mit Zügen erfolgen, in denen eine Grenzabfertigung während der Fahrt nicht stattfindet.

(2) Die Bediensteten des Nachbarstaates sind jedoch nicht berechtigt, Angehörige des Gebietsstaates festzunehmen oder zu verhaften oder sie in den Nachbarstaat zurückzuweisen. Sie dürfen diese Personen jedoch zur Aufnahme einer Niederschrift über den Tatbestand ihrer im Gebietsstaat liegenden Dienststelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der entsprechenden Behörde des Gebietsstaates vorführen. Bei der Aufnahme der Niederschrift muß ein Bediensteter des Gebietsstaates anwesend sein.

(3) Die Bediensteten des Nachbarstaates können in der Zone erhobene Geldbeträge sowie dort zurückgehaltene oder beschlagnahmte Waren und andere Vermögensgegenstände frei in das Gebiet des Nachbarstaates verbringen oder im Gebietsstaat unter Beachtung der dort geltenden gesetzlichen Vorschriften verwerten und den Erlös in den Nachbarstaat verbringen.

Artikel 8

(1) Waren, die von den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Ausgangsabfertigung zurückgewiesen oder vor Beginn der Eingangsabfertigung des Gebietsstaates auf Veranlassung der beteiligten Personen in den Nachbarstaat zurückgeführt werden, unterliegen weder den Ausfuhrvorschriften noch der Ausgangsabfertigung des Gebietsstaates.

(2) Personen, die von den Bediensteten des Eingangsstaates zurückgewiesen werden, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verweigert werden. Desgleichen darf die Wiedereinfuhr von Waren in den Ausgangsstaat, deren Einfuhr von den Bediensteten des Eingangsstaates abgelehnt wird, nicht verweigert werden.

Artikel 9

(1) Die Bediensteten der Vertragsparteien unterstützen sich bei der Durchführung ihrer Aufgaben in der Zone soweit wie möglich, insbesondere um Zuwiderhandlungen gegen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften über den Grenzübergang zu verhüten oder zu ermitteln. Sie teilen sich hierzu so schnell wie möglich die Auskünfte mit, die für die Ausübung ihres Dienstes von Interesse sind.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 lassen die innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften unberührt, die für die Erteilung der Auskünfte gegebenenfalls eine Ermächtigung anderer Behörden voraussetzen.

Artikel 7

(1) Nabostatens funktionærer er inden for de i denne overenskomst fastsatte rammer berettiget til i zonen at gennemføre alle de i denne stats rets- og forvaltningsforskrifter fastsatte grænseekspeditionsforanstaltninger på samme måde som i deres egen stat. I særdeleshed er de berettiget til at konstatere overtrædelser, til at foretage beslaglæggelse, til at optage forhandlinger om bødevedtagelser vedrørende de konstaterede overtrædelser samt til at tage varer i forvaring til sikkerhed for afgifter eller bøder. De kan, for så vidt ikke andet er bestemt i (2), tillige anholde personer, som begår overtrædelse af forskrifterne vedrørende grænsepassage, eller som eftersøges af de kompetente myndigheder i nabolandet, afvise og overføre de anholdte personer til nabostaten. Overførslen til nabostaten, der skal foretages snarest muligt, kan også ske med tog, i hvilke der ikke finder grænseekpedition sted under kørslen.

(2) Nabostatens funktionærer er dog ikke berettiget til at anholde territorialstatens statsborgere eller afvise dem til nabostaten. De er dog berettiget til at fremstille sådanne personer til optagelse af rapport for deres i territorialstaten beliggende tjenestested eller, hvis et sådant ikke findes, for territorialstatens tilsvarende myndighed. Ved rapportoptagelsen skal der være en funktionær fra territorialstaten til stede.

(3) Nabostatens funktionærer kan frit overføre i zonen opkrævede pengebeløb samt dér tilbageholdte eller beslaglagte varer og andre formuegenstande til nabostatens territorium eller realisere dem i territorialstaten under iagttagelse af de dér gældende lovbestemmelser og overføre provenuet til nabostaten.

Artikel 8

(1) Varer, som af nabostatens funktionærer tilbagevises ved udrejseekspeditionen, eller som før påbegyndelsen af territorialstatens indrejseekspedition på foranledning af de interesserede personer bliver bragt tilbage til nabostaten, er hverken underkastet territorialstatens udførselsbestemmelser eller dens udrejseekspedition.

(2) Personer, der afvises af indrejsestatens funktionærer, må ikke nægtes adgang til at vende tilbage til udrejsestaten. Ligeledes må genindførsel til udrejsestaten af varer, hvis indførsel afvises af indrejsestatens funktionærer, ikke nægtes.

Artikel 9

(1) De kontraherende parters funktionærer bistår hinanden i videst muligt omfang ved gennemførelsen af deres opgaver i zonen, navnlig med henblik på at hindre eller opdage overtrædelser af rets- og forvaltningsforskrifter vedrørende grænsepassagen. De udveksler i denne forbindelse så hurtigt som muligt de oplysninger, der er af interesse for udøvelsen af deres tjeneste.

(2) Bestemmelserne i (1) berører ikke de nationale rets- og forvaltningsforskrifter, som i givet fald forudsætter bemyndigelse fra andre myndigheder til meddelelse af oplysningerne.

TEIL III

Bediensteten

Artikel 10

(1) Die Behörden des Gebietsstaates gewähren den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Ausübung ihres Dienstes in der Zone den gleichen Schutz und Beistand wie den entsprechenden eigenen Bediensteten. Insbesondere sind die im Gebietsstaat geltenden strafrechtlichen Bestimmungen zum Schutze von Beamten und Amtshandlungen auch für strafbare Handlungen anzuwenden, die gegen Bedienstete des Nachbarstaates begangen werden.

(2) Amtshaftungsansprüche für Schäden, die Bedienstete des Nachbarstaates in Ausübung ihres Dienstes in der Zone zufügen, unterstehen dem Recht und der Gerichtsbarkeit des Nachbarstaates, gleich wie wenn die schädigende Handlung in der Gemeinde des Nachbarstaates stattgefunden hätte, der die Grenzabfertigungsstelle zugeordnet ist. Die Angehörigen des Gebietsstaates sind hinsichtlich solcher Ansprüche den Angehörigen des Nachbarstaates gleichgestellt.

Artikel 11

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat auszuüben haben, sind vom Paß- und Sichtvermerkszwang befreit.

(2) Sie bedürfen zum Grenzübertritt, um sich an den Ort ihrer Dienstausübung zu begeben, lediglich eines amtlichen Ausweises, der ihre Staatsangehörigkeit, ihre Identität, ihre Dienststellung und die Art ihrer Tätigkeit angibt.

Artikel 12

Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat auszuüben haben, können ihre nationale Dienstkleidung oder ein sichtbares Kennzeichen tragen. Sie können mit Ausnahme von Schußwaffen ihre Dienstwaffen tragen, dürfen diese aber nur im Falle der Notwehr gebrauchen.

Artikel 13

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat auszuüben haben, sind dort von allen öffentlich-rechtlichen persönlichen Dienstleistungen und Sachleistungen befreit.

(2) Erleidet ein Bediensteter des Nachbarstaates, der in Anwendung dieses Abkommens seinen Dienst im Gebietsstaat auszuüben hat, durch einen Dienst- oder Arbeitsunfall einen Schaden, für den die Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaates haftet, so übernimmt die Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates die Befriedigung der gegen die Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaates bestehenden Schadensersatzansprüche.

Artikel 14

(1) Das Dienstverhältnis der Bediensteten des Nachbarstaates richtet sich nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften ihres Staates.

(2) Strafbare Handlungen, die von den Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat begangen werden, sind ihren Vorgesetzen unverzüglich mitzuteilen.

Artikel 15

(1) Gegenstände des dienstlichen oder persönlichen Bedarfs einschließlich Lebensmittel, welche die Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat aus Anlaß des

III. DEL

Funktionærer

Artikel 10

(1) Territorialstatens myndigheder yder nabostatens funktionærer samme beskyttelse og bistand ved udøvelsen af deres tjeneste i zonen, som ydes territorialstatens tilsvarende egne funktionærer. Navnlig skal de i territorialstaten gældende strafferetlige bestemmelser til beskyttelse af tjenestemænd og tjenestehandlinger også finde anvendelse ved strafbare handlinger, som begås overfor nabostatens funktionærer.

(2) Erstatningskrav overfor det offentlige som følge af skader, som nabostatens funktionærer forvolder under udøvelsen af deres tjeneste i zonen, er undergivet nabostatens lovgivning og jurisdiktion på samme måde, som om den skadevoldende handling havde fundet sted i den kommune i nabostaten, som grænseekspeditionsstedet er underlagt. Territorialstatens statsborgere er med hensyn til sådanne krav ligestillet med nabostatens statsborgere.

Artikel 11

(1) Nabostatens funktionærer, som i henhold til denne overenskomst skal udføre tjeneste i territorialstaten, er fritaget for pas- og visumtvang.

(2) De behøver ved grænsepassage undervejs til deres tjenestested kun en tjenstlig legitimation, der indeholder oplysning om deres statsborgerforhold, deres identitet, deres tjenestestilling og om arten af deres tjenstlige opgaver.

Artikel 12

Nabostatens funktionærer, som i henhold til denne overenskomst skal udføre tjeneste i territorialstaten, kan bære deres nationale tjenesteuniform eller et synligt kendetegn. De kan bære deres tjenestevåben med undtagelse af skydevåben, men må kun bruge dem i nødværge.

Artikel 13

(1) Nabostatens funktionærer, som i henhold til denne overenskomst skal udføre tjeneste i territorialstaten, er dér fritaget for alle offentlig-retlige personlige tjeneste- og naturalydelser.

(2) Kommer en funktionær fra nabostaten, som i henhold til denne overenskomst skal udføre tjeneste i territorialstaten, til skade ved ulykkestilfælde under tjeneste eller arbejde, for hvilken der påhviler territorialstatens jernbaneadministration erstatningsansvar, overtager nabostatens jernbaneadministration fyldestgørelsen af de erstatningskrav, der består imod territorialstatens jernbaneadministration.

Artikel 14

(1) Tjenesteforholdet mellem nabostaten og dens funktionærer er undergived denne stats rets- og forvaltningsforskrifter.

(2) Strafbare handlinger, som begås af nabostatens funktionærer i territorialstaten, skal ufortøvet meddeles deres foresatte.

Artikel 15

(1) Genstande til tjenstlig eller personlig brug, herunder levnedsmidler, som nabostatens funktionærer behøver i territorialstaten i anledning af tjenesten, og som

Dienstes benötigen und von ihnen auf dem Wege zum und vom Dienst im Gebietsstaat mitgeführt werden, sind im Ein- und Wiederausgang auf Grund einer mündlichen Erklärung und ohne Leistung einer Sicherheit frei von allen Zöllen und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben. Das gleiche gilt für Fahrzeuge, deren sich die Bediensteten zur Ausübung ihres Dienstes bedienen.

(2) Sofern von den zuständigen Verwaltungen im gegenseitigen Einvernehmen nichts anderes bestimmt wird, finden Einfuhr- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen auf die in Absatz 1 bezeichneten Gegenstände keine Anwendung.

(3) Die für notwendig gehaltenen Überwachungsmaßnahmen werden von den zuständigen Verwaltungen im gegenseitigen Einvernehmen bestimmt.

Artikel 16

(1) Die zuständigen Verwaltungen des Nachbarstaates teilen die Personalhöchststärke ihrer Bediensteten, die sie im Regelfall in der Zone verwenden wollen, den zuständigen Verwaltungen des Gebietsstaates mit. Es bleibt ihnen unbenommen, im Bedarfsfall weitere Bedienstete zu verwenden. Wenn die zuständigen Verwaltungen des Gebietsstaates dies beantragen, werden beide Verwaltungen über die Anzahl der in der Zone tätigen Bediensteten des Nachbarstaates in Verhandlungen eintreten.

(2) Die zuständige Verwaltung des Nachbarstaates wird Bedienstete, die ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben, auf begründetes Ersuchen der zuständigen Verwaltung des Gebietsstaates aus diesem Staate zurückziehen.

de medbringer på vej til og fra tjeneste i territorialstaten, er ved ind- og genudførsel på basis af mundtlig erklæring og uden sikkerhedsstillelse fritaget for alle told- og andre ind- og udførselsafgifter. Det samme gælder for køretøjer og fartøjer, som funktionærerne anvender under udøvelsen af deres tjeneste.

(2) For så vidt der ikke af de kompetente myndigheder ved fælles aftale træffes anden bestemmelse, finder indførsels- og udførselsforbud eller -begrænsninger ikke anvendelse på de i (1) omhandlede genstande.

(3) De kontrolforanstaltninger, der anses for nødvendige, fastsættes ved fælles aftale mellem de kompetente myndigheder.

Artikel 16

(1) De kompetente myndigheder i nabostaten giver de kompetente myndigheder i territorialstaten meddelelse om det maksimale antal funktionærer, de sædvanligvis vil anvende i zonen. Det står dem frit for, hvis der viser sig behov herfor, at anvende yderligere funktionærer. Hvis de kompetente myndigheder i territorialstaten fremsætter anmodning herom, optager de to staters myndigheder forhandlinger om antallet af de i zonen tjenstgørende funktionærer fra nabostaten.

(2) Den kompetente myndighed i nabostaten vil tilbagekalde funktionærer, der gør tjeneste i territorialstaten, fra denne stat, når der fremkommer begrundet anmodning herom fra den kompetente myndighed i territorialstaten.

TEIL IV

Grenzabfertigungsstellen

Artikel 17

Die beiderseits zuständigen Verwaltungen werden die Öffnungszeiten und Befugnisse der zusammenliegenden Grenzabfertigungsstellen aufeinander abstimmen.

Artikel 18

(1) Die zuständigen Verwaltungen bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen:

a) die für die Dienststellen des Nachbarstaates benötigten Anlagen und die für deren Benutzung zu entrichtenden etwaigen Vergütungen, insbesondere für Miete oder anteilige Baukosten, Beleuchtung, Heizung und Reinigung;

b) die Abteile und Einrichtungen, die den Bediensteten vorzubehalten sind, welche die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt durchführen.

(2) Ist die Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates verpflichtet, den mit der Grenzabfertigung beauftragten Behörden Räume zur Verfügung zu stellen und sonstige Leistungen für sie zu bewirken, so ist die Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaates gehalten, einem entsprechenden Ersuchen der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates gegen Vergütung stattzugeben.

Artikel 19

(1) Die für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates bestimmten Räume werden durch Amtsschilder kenntlich gemacht.

(2) Die Bediensteten des Nachbarstaates sind befugt, die Ordnung innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch

IV. DEL

Grænseekspeditionssteder

Artikel 17

De kompetente myndigheder i begge lande vil tilvejebringe overensstemmelse mellem sammenliggende grænseekspeditionssteders åbningstider og kompetence.

Artikel 18

(1) De kompetente myndigheder træffer ved fælles aftale bestemmelse om:

a) de for nabostatens tjenestesteder nødvendige anlæg og de eventuelle godtgørelser, der skal udredes for deres benyttelse, navnlig leje eller andel i byggeomkostninger, belysning, opvarmning og rengøring;

b) de lokaliteter og de indretninger, der skal forbeholdes de funktionærer, som foretager grænseekspeditionen i trafikmidler under kørslen eller sejladsen.

(2) Såfremt jernbaneadministrationen i nabostaten er forpligtet til at stille lokaler til rådighed for de myndigheder, hvem grænseekspeditionen påhviler, og præstere andre ydelser til dem, skal jernbaneadministrationen i territorialstaten mod godtgørelse imødekomme en begæring herom fra nabostatens jernbaneadministration.

Artikel 19

(1) De for nabostatens grænseekspeditionssteder bestemte lokaler kendetegnes ved embedsskilte.

(2) Nabostatens funktionærer er beføjet til at opretholde ordenen i de lokaler, der er anvist dem til ene-

zugewiesenen Räume aufrechtzuerhalten und Personen, die die Ordnung stören, daraus zu entfernen. Sie können nötigenfalls die Hilfe der Bediensteten des Gebietsstaates in Anspruch nehmen.

Artikel 20

(1) Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch oder Verbrauch der Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat bestimmt sind, bleiben frei von Zöllen und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben. Es sind keine Sicherheiten zu leisten.

(2) Sofern von den zuständigen Verwaltungen im gegenseitigen Einvernehmen nichts anderes bestimmt wird, finden Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen auf diese Gegenstände keine Anwendung.

Artikel 21

(1) Die telefonischen und telegraphischen Verbindungen (einschließlich Fernschreiber), die für das Tätigwerden der Dienststellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat erforderlich sind, dürfen in das Gebiet des letzteren Staates weitergeführt werden, um unmittelbare Verbindungen mit diesen Dienststellen zu ermöglichen. Die Nachrichtenübermittlung gilt als interner Verkehr des Nachbarstaates.

(2) Die Regierungen der Vertragsparteien verpflichten sich, zu demselben Zweck und soweit wie möglich alle Erleichterungen zu gewähren, die die Verwendung anderer Mittel auf dem Gebiet des Fernmeldewesens betreffen.

(3) Die zuständigen Verwaltungen der Vertragsparteien werden die zur Durchführung der Absätze 1 und 2 erforderlichen Maßnahmen im gegenseitigen Einvernehmen ergreifen.

Artikel 22

Von den Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates abzusendende oder für sie bestimmte Dienstsendungen, die sonst dem Postzwang unterlägen, können von den Bediensteten dieses Staates ohne Einschaltung der Post- oder der Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaates und frei von Gebühren befördert werden, sofern diese Sendungen den Dienststempel der absendenden Behörde tragen.

benyttelse, og til at fjerne personer derfra, som forstyrrer ordenen. De kan om fornødent søge bistand hos territorialstatens funktionærer.

Artikel 20

(1) Genstande, der er bestemt til tjenstlig brug eller forbrug på nabostatens grænseekspeditionssteder i territorialstaten, er fritaget for told- og andre ind- og udførselsafgifter. Der skal ikke stilles nogen sikkerhed.

(2) For så vidt de kompetente myndigheder ikke træffer anden aftale, finder ind- og udførselsforbud samt ind- og udførselsrestriktioner ingen anvendelse på disse genstande.

Artikel 21

(1) De telefoniske og telegrafiske forbindelser (herunder fjernskrivere), som er nødvendige for nabostatens tjenestesteders virksomhed i territorialstaten, må føres videre ind på sidstnævnte stats territorium for at sikre direkte forbindelse med disse tjenestesteder. Denne telekommunikation betragtes som nabostatens interne forbindelse.

(2) De kontraherende parters regeringer forpligter sig til i samme øjemed og i det omfang, det er muligt, at yde alle lempelser vedrørende anvendelsen af andre telekommunikationsmidler.

(3) De kontraherende parters kompetente myndigheder træffer aftale om de fornødne forholdsregler til gennemførelsen af (1) og (2).

Artikel 22

Tjenstlige forsendelser, der skal afsendes fra eller er bestemt for nabostatens grænseekspeditionssteder, og som ellers er undergivet posttvang, kan af denne stats funktionærer befordres porto- og gebyrfrit uden territorialstatens post- eller jernbaneadministrations medvirken, såfremt disse forsendelser bærer afsendermyndighedens tjenestestempel.

TEIL V

Zolldeklaranten

Artikel 23

(1) Personen aus dem Nachbarstaat können bei dessen Grenzabfertigungsstellen im Gebietsstaat alle die Grenzabfertigung betreffenden Tätigkeiten wie im Nachbarstaat vornehmen.

(2) Absatz 1 gilt auch für Personen aus dem Nachbarstaat, die diese Tätigkeiten gewerbsmäßig betreiben. Sie unterliegen hinsichtlich dieser Tätigkeiten nur den sich hierauf beziehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Nachbarstaates. Die so ausgeübten Tätigkeiten und bewirkten Leistungen werden für die Umsatzsteuer als ausschließlich im Nachbarstaat ausgeübt oder bewirkt angesehen.

(3) Die in Absatz 2 genannten Personen können für die dort aufgeführten Tätigkeiten gleichermaßen deutsches wie dänisches Personal beschäftigen. Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Gebietsstaates, die die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer regeln, sind in diesem Falle nicht anwendbar.

V. DEL

Toldklarerere

Artikel 23

(1) Personer fra nabostaten kan ved dennes grænseekspeditionssteder i territorialstaten udøve alle de med grænseekspeditionen forbundne funktioner på samme måde som i nabostaten.

(2) (1) gælder også for personer fra nabostaten, der udøver disse funktioner erhvervsmæssigt. De er med hensyn til disse funktioner kun underkastet nabostatens rets- og forvaltningsforskrifter herom. De således udøvede funktioner og præsterede tjenesteydelser anses, for så vidt angår omsætningsafgiften, som udøvet eller præsteret i selve nabostaten.

(3) De i (2) omhandlede personer kan, for så vidt angår de dér anførte funktioner, beskæftige både tysk og dansk personale. Territorialstatens rets- og forvaltningsforskrifter vedrørende beskæftigelsen af udenlandsk arbejdskraft finder ikke anvendelse i dette tilfælde.

(4) Für den Grenzübertritt und den Aufenthalt der in den vorstehenden Absätzen genannten Personen im Gebietsstaat gelten dessen allgemeine Bestimmungen. Die danach möglichen Erleichterungen sind zu gewähren.

TEIL VI

Besondere Bestimmungen für den Eisenbahnverkehr

Artikel 24

(1) Die Eisenbahnverwaltungen bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen die Betriebswechselbahnhöfe.

(2) Die Eisenbahnverwaltungen schließen Vereinbarungen, in welchen die Einzelheiten der Einrichtung und des Betriebes der Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfe und des Hochseefährbetriebes sowie die Vergütung der gegenseitigen Leistungen der Verwaltungen festgesetzt werden.

Artikel 25

Die zuständigen Behörden des Gebietsstaates, im besonderen die Eisenbahnverwaltung, treffen alle Maßnahmen, die notwendig sind, um die ordnungsmäßige Arbeit der Dienststellen des Nachbarstaates und der Eisenbahn dieses Staates in den Gemeinschafts- oder den Betriebswechselbahnhöfen zu ermöglichen.

Artikel 26

(1) Jede Vertragspartei ermächtigt die mit der Durchführung des Betriebes betrauten Bediensteten der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates, ihre Tätigkeit im Rahmen dieses Abkommens auf seinem Gebiet auszuüben.

(2) Die Vorschriften der Artikel 11 bis 17 und der Artikel 20 bis 23 finden Anwendung auf das Personal und die Eisenbahnstellen des Nachbarstaates, die ihre Tätigkeit auf im Gebietsstaat gelegenen Bahnhöfen mit zusammenliegenden Grenzabfertigungsstellen sowie auf den im Gebietsstaat gelegenen Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen oder in den Zügen während der Fahrt zwischen der Grenze und diesen Bahnhöfen ausüben.

(3) Die Eisenbahnverwaltungen der Vertragsparteien können vereinbaren, daß Bedienstete der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates in grenzüberschreitenden Zügen über einen Gemeinschaftsbahnhof oder Betriebswechselbahnhof hinaus im Gebietsstaat Dienst verrichten. Auch auf diese Bediensteten finden dann Artikel 11 bis 17 und 20 bis 23 entsprechende Anwendung.

Artikel 27

Die Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates ist berechtigt, in den Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen die notwendigen Aufsichts- und Überwachungsmaßnahmen gegenüber ihren Bediensteten durchzuführen, um die Anwendung der eigenen Vorschriften durch sie zu überprüfen. Die Einzelheiten hierüber werden in den Vereinbarungen nach Artikel 24 Absatz 2 geregelt.

Artikel 28

(1) Das Personal der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates kann, soweit es nach dem Recht seines Staates befugt ist, geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Ordnung und Sicherheit in den Zügen zwischen der Grenze und dem im Gebietsstaat gelegenen Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhof aufrechtzuerhalten. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in diesen Zügen werden dem zuständigen Bahnhof des Gebietsstaates zur weiteren Veranlassung mitgeteilt.

(4) For de i ovennævnte stykker anførte personers grænsepassage og ophold i territorialstaten gælder dennes almindelige bestemmelser. De lempelser, der i henhold dertil er mulige, skal bevilges.

VI. DEL

Særlige bestemmelser for jernbanetrafikken

Artikel 24

(1) Jernbaneadministrationerne udpeger i fællesskab overgangsstationerne.

(2) Jernbaneadministrationerne afslutter overenskomster, hvori enkelthederne ved indretning og drift af fællesstationer eller overgangsstationerne, færgedriften samt godtgørelsen for administrationernes gensidige ydelser fastsættes.

Artikel 25

De kompetente myndigheder i territorialstaten, navnlig jernbaneadministrationen, træffer alle forholdsregler, der er nødvendige for at sikre nabostatens tjenestesteder og denne stats jernbaner gnidningsløs afvikling af arbejdet på fællesstationerne eller overgangsstationerne.

Artikel 26

(1) Hver af de kontraherende parter bemyndiger de funktionærer i nabostatens jernbaneadministration, hvem gennemførelsen af driften påhviler, til på sit territorium at udøve deres virksomhed inden for de i denne overenskomst fastsatte rammer.

(2) Reglerne i artikel 11—17 og i artikel 20—23 finder anvendelse på nabostatens personale og jernbanekontorer, som udøver deres virksomhed på stationer i territorialstaten med sammenliggende grænseekspeditionssteder samt på de i territorialstaten beliggende fællesstationer eller overgangsstationer eller i togene under kørslen mellem grænsen og disse stationer.

(3) De kontraherende parters jernbaneadministration kan træffe aftale om, at funktionærer fra nabostatens jernbaneadministration gør tjeneste i territorialstaten ud over en fællesstation eller overgangsstation i tog, der overskrider grænsen. Artikel 11—17 og 20—23 finder i så fald tilsvarende anvendelse også for disse funktionærer.

Artikel 27

Nabostatens jernbaneadministration er berettiget til på fællesstationer eller overgangsstationer at gennemføre de nødvendige opsyns- og kontrolforanstaltninger over for deres funktionærer for at undersøge, om disse overholder deres interne regler. Enkelthederne herom fastsættes i overenskomsterne i henhold til artikel 24 (2).

Artikel 28

(1) Personalet i nabostatens jernbaneadministration kan, for så vidt det efter deres egen stats ret er bemyndiget hertil, træffe egnede forholdsregler til opretholdelse af orden og sikkerhed i togene mellem grænsen og den i territorialstaten liggende fællesstation eller overgangsstation. Overtrædelser af reglerne til opretholdelse af orden og sikkerhed i disse tog meddeles den pågældende station i territorialstaten til videre foranstaltning.

(2) Eine Festnahme durch das in Absatz 1 bezeichnete Personal auf der Strecke zwischen der Grenze und dem im Gebietsstaat gelegenen Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhof ist ausgeschlossen. Jedoch ist dieses Personal befugt, Personen, die sich einer obengenannten Zuwiderhandlung schuldig gemacht haben, dem nächsten Bahnhof des Gebietsstaates zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhalts vorzuführen.

Artikel 29

Es werden Erleichterungen gewährt für die Überweisung von Geldbeträgen, die aus der Erhebung von Beförderungskosten oder Kosten ähnlicher Art stammen und die von dem Personal der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates, das seine Tätigkeit im Gebietsstaat ausübt, eingenommen werden.

TEIL VII

Schlußbestimmungen

Artikel 30

Die zuständigen Verwaltungen der Vertragsparteien vereinbaren die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen.

Artikel 31

In Ausführung von Artikel 1 Absatz 2 getroffene Maßnahmen können entweder im gegenseitigen Einvernehmen oder durch einseitige Erklärung einer der Vertragsparteien wieder aufgehoben werden. Im letzteren Falle kann die Vertragspartei, die ihre Dienste auf ihr Gebiet zurückzieht, eine Räumungsfrist beanspruchen, die zwölf Monate, vom Zeitpunkt des Ersuchens an gerechnet, nicht überschreiten darf.

Artikel 32

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Dänemark innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 33

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Kopenhagen ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Abkommen kann jederzeit gekündigt werden; es tritt 12 Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 9. Juni 1965 in vier Urschriften, jeweils zwei in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Schröder

Für das Königreich Dänemark:
Per Hækkerup

(2) Anholdelse på strækningen mellem grænsen og den i territorialstaten beliggende fællesstation eller overgangsstation må ikke foretages af det i (1) omtalte personale. Dog er dette personale beføjet til at fremstille personer, som har gjort sig skyldig i en af de ovenanførte overtrædelser, på den næste station i territorialstaten til optagelse af rapport.

Artikel 29

Der indrømmes lempelser for overførsel af pengebeløb, der hidrører fra opkrævning af befordringsomkostninger eller lignende omkostninger, og som indkasseres af det personale fra nabostatens jernbaneadministration, som gør tjeneste i territorialstaten.

VII. DEL

Slutbestemmelser

Artikel 30

De kontraherende parters kompetente myndigheder træffer aftale om de til gennemførelsen af denne overenskomst nødvendige administrative foranstaltninger.

Artikel 31

Foranstaltninger, der er truffet til gennemførelse af artikel 1 (2) kan pånyophæves enten efter gensidig aftale eller ved ensidig erklæring fra en af de kontraherende parter. I sidstnævnte tilfælde kan den af parterne, som flytter sin tjenestevirksomhed tilbage til sit eget territorium, gøre krav på en afviklingsfrist, som ikke må overstige 12 måneder regnet fra det tidspunkt, da ønske om ophævelse er fremsat.

Artikel 32

Denne overenskomst gælder også for landet Berlin, medmindre Forbundsrepublikken Tysklands regering over for Kongeriget Danmarks regering afgiver anden erklæring i løbet af tre måneder efter overenskomstens ikrafttræden.

Artikel 33

(1) Denne overenskomst skal ratificeres. Ratifikationsinstrumenterne skal snarest muligt udveksles i København.

(2) Denne overenskomst træder i kraft én måned efter udvekslingen af ratifikationsinstrumenterne.

(3) Denne overenskomst kan opsiges til enhver tid; den træder ud af kraft 12 måneder efter opsigelsen.

TIL BEKRÆFTELSE HERAF har de befuldmægtigede undertegnet nærværende overenskomst og forsynet den med deres segl.

UDFÆRDIGET i Bonn, den 9. juni 1965, i fire originaleksemplarer, to på tysk og to på dansk, hvoraf hver tekst har samme gyldighed.

For Forbundsrepublikken Tyskland:
Schröder

For Kongeriget Danmark:
Per Hækkerup

Schlußprotokoll

Bei der Unterzeichnung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark abgeschlossenen Abkommens über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-dänischen Grenze haben die unterzeichnenden Bevollmächtigten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen Bestandteil des Abkommens bilden:

Zu Artikel 2 Nr. 1:

Zur Grenzabfertigung gehört auch die Überprüfung der Kraftfahrzeuge an der Grenze nach den Vorschriften über den Güterkraftverkehr.

Zu Artikel 2 Nr. 2:

Im Schiffsverkehr über die Hohe See sind die Bestimmungen dieses Abkommens nur auf Schiffe unter der Flagge einer der Vertragsparteien anzuwenden. Gebietsstaat ist in diesen Fällen der Flaggenstaat.

Zu Artikel 7:

Es wird von der allgemeinen Staatenpraxis ausgegangen, daß bei Personen, die mehrere Staatsangehörigkeiten besitzen, die Staatsangehörigkeit des Gebietsstaates maßgebend ist.

Zu Artikel 7 Absatz 2 Satz 1:

Den dänischen Staatsangehörigen stehen die Staatsangehörigen Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens gleich.

Zu Artikel 13 Absatz 1:

Steuern fallen nicht unter den Begriff der öffentlich-rechtlichen persönlichen Dienst- und Sachleistungen.

Zu Artikel 18 Absatz 1:

Zuständige Verwaltungen sind im Eisenbahnverkehr auch die Eisenbahnverwaltungen.

Zu Artikel 21 Absatz 1:

Der Gebietsstaat behält sich vor, die auf seinem Gebiet notwendigen Verbindungen zu errichten.

Zu Artikel 23 Absatz 2:

Die Bestimmung bezieht sich nicht auf die Erhebung der direkten Steuern (Steuern vom Einkommen und Vermögen usw.).

GESCHEHEN zu Bonn, am 9. Juni 1965 in vier Urschriften, jeweils zwei in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Schröder

Für das Königreich Dänemark:
Per Hækkerup

Slutprotokol

Ved undertegnelsen af den mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark afsluttede overenskomst om sammenlægning af grænseekspeditionen og om etablering af fællesstationer eller overgangsstationer ved den tysk-danske grænse har de underskrivende bemyndigede afgivet følgende ligelydende erklæringer, som udgør en bestanddel af overenskomsten:

ad artikel 2 pkt. 1:

Under grænseekspeditionen hører også undersøgelsen af motorkøretøjer ved grænsen efter reglerne om godsbefordring med motorkøretøjer.

ad artikel 2 pkt. 2:

Med hensyn til skibstrafikken på det åbne hav skal denne overenskomsts bestemmelser kun finde anvendelse på skibe, der sejler under en af de kontraherende parters flag. Territorialstat er i disse tilfælde flagstaten.

ad artikel 7:

Der gås ud fra den blandt stater almindelige praksis, at det i tilfælde, hvor personer er i besiddelse af statsborgerret i flere stater, er statsborgerretten i territorialstaten, der har prioritet.

ad artikel 7 stk. 2 pkt. 1:

Statsborgere i Finland, Island, Norge og Sverige er ligestillet med danske statsborgere.

ad artikel 13 stk. 1:

Skatter falder ikke ind under begrebet offentlig-retlige personlige tjeneste- og naturalydelser.

ad artikel 18 stk. 1:

Kompetente myndigheder er indenfor jernbanetrafikken tillige jernbaneforvaltningerne.

ad artikel 21 stk. 1:

Territorialstaten forbeholder sig at oprette de på dens territorium nødvendige forbindelser.

ad artikel 23 stk. 2:

Bestemmelsen berører ikke opkrævningen af direkte skatter (skat af indkomst og formue m.v.).

UDFÆRDIGET i Bonn, den 9. juni 1965, i fire originaler, to på tysk og to på dansk, hvoraf hver tekst har samme gyldighed.

For Forbundsrepublikken Tyskland:
Schröder

For Kongeriget Danmark:
Per Hækkerup

Denkschrift

I. Allgemeines

Das am 9. Juni 1965 in Bonn unterzeichnete Abkommen soll den Übergang über die deutsch-dänische Grenze erleichtern und beschleunigen. Zu diesem Zwecke sieht es die Zusammenlegung der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr und die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen auf deutschem oder dänischem Gebiet vor. Gleichartige Abkommen hat die Bundesrepublik Deutschland bereits mit den Nachbarstaaten Österreich (Bundesgesetzbl. 1957 II S. 581), Belgien (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 190), Frankreich (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 1533), den Niederlanden (Bundesgesetzbl. 1960 II S. 2181), der Schweiz (Bundesgesetzbl. 1962 II S. 877) und Luxemburg (Bundesgesetzbl. 1963 II S. 141) abgeschlossen.

II. Besonderes

Zu Teil I (Allgemeine Bestimmungen)

Das Abkommen ist ein Rahmenvertrag. Durch Artikel 1 Abs. 3 werden die zuständigen Minister der Vertragsparteien ermächtigt, von Fall zu Fall die Zusammenlegung nationaler Grenzabfertigungsstellen, die Strecken, auf denen die Bediensteten beider Vertragsparteien in den Verkehrsmitteln (z. B. Eisenbahn, Schiff) während der Fahrt die Grenzabfertigung vornehmen, und die Errichtung von Gemeinschaftsbahnhöfen zu vereinbaren. In den Vereinbarungen können ferner die Strecken bestimmt werden, auf denen festgenommene Personen zurückgeführt und sichergestellte Waren zurückgebracht werden. Die Vereinbarungen werden durch diplomatische Noten bestätigt und in Kraft gesetzt (Artikel 1 Abs. 4). In den Artikeln 2 und 3 sind die im Abkommen verwendeten Begriffe näher erläutert.

Zu Teil II (Grenzabfertigung)

Die Grenzabfertigung im Sinne dieses Abkommens umfaßt alle Maßnahmen, die in den Vorschriften der Vertragsparteien für den Grenzübergang von Personen und die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren vorgesehen sind. Darunter fallen insbesondere die Zoll- und Außenwirtschaftsabfertigung, die Paßnachschau sowie die Überwachung der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote oder -beschränkungen zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen. Im Schlußprotokoll ist klargestellt, daß auch die Überprüfung der Kraftfahrzeuge an der Grenze nach den Vorschriften über den Güterkraftverkehr hierzu gehören.

Die Zusammenlegung der Grenzabfertigung setzt voraus, daß die Grenzabfertigungsorgane des einen Staates (Nachbarstaat) auf dem Gebiete des anderen Staates (Gebietsstaat) tätig werden können. Durch das Abkommen werden deshalb die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Nachbarstaates über die Grenzabfertigung und die sich aus diesen ergebenden Befugnisse auf das Gebiet des Gebietsstaates erstreckt. Diese Ausdehnung des hoheitlichen Bereichs des Nachbarstaates entspricht jeweils die Verpflichtung des Gebietsstaates, die danach zulässigen Einwirkungen des Nachbarstaates zu dulden. Die einschlägigen Bestimmungen des Abkommens beschränken sich auf das zur Wahrnehmung der Grenzabfertigungsfunktion erforderliche Maß. Um zu vermeiden, daß sich die dienstlichen Verrichtungen der beiderseitigen Grenzabfertigungsorgane überschneiden, ist die Reihenfolge ihrer Amtshandlungen festgelegt. In Übereinstimmung mit dem Grundgedanken des Abkommens ist schließlich bestimmt, daß sich die zuständigen Grenzabfertigungsstellen beider Staaten bei der Durchführung ihrer Aufgaben gegenseitig unterstützen.

Zu Teil III (Bedienstete)

Um den Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat eine ungestörte Dienstausübung zu ermöglichen, ist sichergestellt, daß sie dort den gleichen Beistand und strafrechtlichen Schutz wie die eigenen Bediensteten dieses Staates genießen. Ferner werden den Bediensteten besondere Erleichterungen für den Grenzübertritt und den Aufenthalt im Gebietsstaat sowie für die Mitnahme der zum dienstlichen und persönlichen Gebrauch bestimmten Waren gewährt. Sie dürfen Dienstkleidung und Dienstwaffen (mit Ausnahme von Schußwaffen) wie im Gebietsstaat tragen. Der Nachbarstaat haftet für Amtspflichtverletzungen, die seine Bediensteten im Gebietsstaat begehen, gleich wie wenn die schädigende Handlung im Nachbarstaat einem Angehörigen dieses Staates zugefügt worden wäre (Artikel 10 Abs. 2).

Zu Teil IV (Grenzabfertigungsstellen)

Um eine reibungslose Grenzabfertigung zu gewährleisten, ist vorgesehen, daß die zusammengelegten Grenzabfertigungsstellen ihre Abfertigungsbefugnisse und Dienstzeiten übereinstimmend festsetzen. Den Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates wird die Berechtigung eingeräumt, ihre Diensträume durch Amtsschilder kenntlich zu machen. Innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch überlassenen Räume üben sie das Hausrecht aus. Die für ihren Dienstgebrauch bestimmten Waren sind von allen Eingangsabgaben des Gebietsstaates befreit. Besondere Erleichterungen sind ihnen für Nachrichtenübermittlung und die Beförderung von Dienstpost in das eigene Staatsgebiet eingeräumt worden.

Zu Teil V (Zolldeklaranten)

Artikel 23 soll sicherstellen, daß die Spediteure und anderen Gewerbetreibenden aus dem Nachbarstaat bei dessen Grenzabfertigungsstellen im Gebietsstaate ihre Tätigkeit in gleicher Weise wie im Nachbarstaat ausüben können.

Zu Teil VI (Besondere Bestimmungen für den Eisenbahnverkehr)

Dieser Abschnitt enthält besondere Bestimmungen über Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfe. Die Eisenbahnverwaltungen sind danach ermächtigt, die Einzelheiten der Organisation, des Betriebes oder Kostenteilung der Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfe im gegenseitigen Einvernehmen selbst zu regeln.

Zu Teil VII (Schlußbestimmungen)

Neben der Berlin-Klausel und den üblichen Vorschriften über die Ratifikation, das Inkrafttreten und die Kündigung des Abkommens ist in diesem Abschnitt auch die Aufhebung der in Ausführung des Artikels 1 Abs. 2 getroffenen Vereinbarungen geregelt. Werden sie gekündigt, so kann der Nachbarstaat eine Räumungsfrist bis zu 12 Monaten beanspruchen.